



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

26. September 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

mein heutiger Brief aus Berlin fängt wieder mit dem Wahlkreis an: Letzte Woche am Donnerstag hat mich der Nominierungsparteitag der SPD wieder als Kandidatin für die Bundestagswahl nominiert. Von den 159 Delegierten stimmten 144 für mich. 11 stimmten mit nein, 3 enthielten sich, 1 ungültige Stimme war auch dabei – das macht 92 % Zustimmung. Ein tolles Ergebnis, das mir Ansporn ist, meine Arbeit weiterhin gut zu machen. Noch ist nicht klar, wann genau der Wahltag ist und nach welchem Wahlrecht gewählt werden wird. Das wird in den nächsten Monaten von der Regierung auf den Weg gebracht werden müssen. Beim Wahlrecht haben wir bereits gute Vorschläge gemacht und stehen bereit für die Verhandlungen.

In der Fraktionssitzung gestern hat Peer Steinbrück das Aktionsprogramm zur Regulierung der Finanzmärkte vorgestellt. Unser Ziel ist, die dienende Rolle der Finanzwirtschaft wieder herzustellen. Deshalb wollen wir die Banken stärker reglementieren - näheres finden Sie auf Seite 2.

Das zweite wichtige Thema ist das Rentenkonzept der Zukunft. Die SPD diskutiert sehr ernsthaft und engagiert, ob die bestehende gesetzliche Regelung, die bis 2030 eine Absenkung der Rente bis auf 43% vorsieht, nicht doch noch einmal geändert werden muss. Näheres hierzu finden Sie auf Seite 3.

Für heute grüße ich vielmals aus dem herbstlichen Berlin!

Euse / Ihre Brigitte Zypries

+++ Hinweis in eigener Sache+++ Wechsel im Wahlkreisbüro

Es gibt wieder Veränderungen in meinem Team, diesmal im Wahlkreisbüro: **Katrin Kosub, die seit 2005 Büroleiterin in meinem Darmstädter Büro war, scheidet zum Ende dieses Monats aus.** Sie hat sieben Jahre lang für mich gearbeitet und sich jetzt entschieden, eine neue Herausforderung anzunehmen. Ich möchte ihr auch an dieser Stelle noch einmal herzlich danken für die gemeinsame Arbeit!

Ab dem 1. November wird **Catrin Geier ihre Stelle übernehmen.** Catrin kennt sich in Stadt und Landkreis gut aus und hat schon als Studentin während des letzten Bundestagswahlkampfes für mich gearbeitet. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

Alle Telefonnummern und E-Mailadressen bleiben gleich.



+++ Veranstaltungstipp+++

Wir leben zusammen - können wir uns auch akzeptieren?

Zu dieser Frage referiere und diskutiere ich am 11. Oktober um 19.30 Uhr in der großen Aula der Evangelischen Hochschule im Zweifalltorweg.

Der Eintritt kostet 10 Euro und beinhaltet die Teilnahme am anschließenden Buffet. Der Erlös geht zugunsten der Darmstädter Migrantinnenvereine Magnolya und Migrada für ihre Projekte. Diese Vereine bieten unter anderem Alphabetisierungsunterricht und Deutschkurse an.

Veranstalter ist der Zonta Club Darmstadt, ein Mitglied der weltweit tätigen Organisation berufstätiger Frauen, Zonta International. Zonta will mit Aktivitäten und Veranstaltungen über die Situation der Frauen in aller Welt informieren, Aufklärungsarbeit leisten und Diskussionen anregen.

Weitere Informationen unter:
www.zonta-darmstadt.de

Finanzmärkte bändigen und Vertrauen in die Demokratie wiedergewinnen

An den verschiedenen Maßnahmen zur finanziellen Sanierung Europas gab es immer wieder massive Kritik – und natürlich auch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ist gut, richtig und entspricht unserem Rechtsstaat. **Mich hat aber auch gefreut, dass die Karlsruher Richterinnen und Richter im Grundsatz dem Vorgehen zustimmen und in allen Entscheidungen die Rechte von uns Abgeordneten bei der Beteiligung gestärkt haben.** Klar ist jetzt: Der Bundestag ist ohne Wenn und Aber in europäischen Angelegenheiten zu beteiligen und wir werden unsere Beteiligungsrechte auch umfassend wahrnehmen.

Mir ist aber noch etwas wichtig: Was heute von der Bundesregierung immer als „Staatschuldenkrise“ bezeichnet wird, ist – das darf man nicht vergessen – eine direkte Folge der Finanzmarktkrise. Deren Kosten wurden auf die Staatshaushalte abgeladen. Und zwar in einer Weise, die das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verständlicherweise verletzt hat: **Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste. Das ist niemandem zu erklären** – und es ist auch nicht gerechtfertigt. Wir müssen ein wichtiges Prinzip der sozialen Marktwirtschaft wieder zur Geltung bringen: Derjenige, der Risiken eingeht – die schließlich nicht selten mit hohen Gewinnchancen verbunden sind –, haftet auch.

Die Bändigung von Exzessen auf den Finanzmärkten ist das uneingelöste politische Versprechen der vergangenen Jahre. Peer Steinbrück hat heute ein Aktionsprogramm der SPD zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt. [Hier](#) kann man das Papier als pdf-Dokument herunterladen.

Wir wollen die dienende Rolle der Finanzwirtschaft wieder herstellen. Andernfalls wird die Finanzkrise dauerhaft noch weitere, tiefgehende Schäden nach sich ziehen. Wir sehen die Folgen bereits jetzt an vielen Stellen. In mehreren europäischen Ländern gewinnen die nationalistischen Parteien Wählerstimmen hinzu. Demagogen spielen mit Austrittsforderungen an einzelne Länder der EU und die Skepsis gegenüber dem Projekt Europäische Union wächst. Das Gegenteil wäre wichtig. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Europäische Union - und ich meine nicht nur das Vertrauen von Investoren und Ratingagenturen.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Jan Hintz*

Wichtige Schritte für ein Rentenkonzept der Zukunft - Solidarrente und Demografie-Fonds

In vielen Regionen Deutschlands führt die demografische Entwicklung zu einer zurückgehenden Bevölkerung und stellt die Kommunen vor besondere Aufgaben. **Wir sind zwar eine Wachstumsregion – Darmstadt und der Landkreis profitieren von der günstigen Lage im Rhein-Main-Neckar-Gebiet – im Hinblick auf die Rente allerdings haben wir die gleichen Probleme wie die Regionen, deren Einwohnerzahl sinkt.** Der Kern des demografischen Problems liegt nämlich in der doppelten Alterung: Niedrige Geburtenraten einerseits, steigende Lebenserwartung andererseits. Das betrifft uns auch.

Der Gesetzgeber hat auf diese Situation bereits reagiert. Seit diesem Jahr gilt die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre. In 17 Jahren – ab dem Geburtsjahrgang 1964 – heißt es dann für alle: Rente erst ab 67. Gleichzeitig wird nach dem Gesetzestext das Rentenniveau abgesenkt – ab 2030 beträgt es nur noch 43%. Das heißt gleichzeitig, dass man immer länger arbeiten muss, um im Alter eine Rente oberhalb der staatlichen Mindestsicherung zu bekommen.

Die wichtigste Ursache für das Risiko von Altersarmut ist und bleibt das Anwachsen des Sektors mit niedrigen Löhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Gebrochene Erwerbsbiografien, lange Zeiten von Niedriglohnbeschäftigung und die Tatsache, dass auch viele Menschen wegen gesundheitlicher Probleme eine längere Arbeitszeit nicht schaffen, machen es heute immer schwieriger, eine ausreichende Alterssicherung zu erreichen. **Der SPD-Parteivorstand hat deshalb am Montag dieser Woche wichtige Schritte für ein Rentenkonzept beschlossen:** Dazu zählen gesicherte und flexible Übergänge aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand, die Teilrente und die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente. Wir haben außerdem eine aus Steuern finanzierte Solidarrente beschlossen, die für langjährig Beschäftigte eine Rente von mindestens 850 Euro sichert. **Den Beschluss können Sie [hier](#) als pdf-Datei lesen.**

In der SPD wird noch streitig diskutiert, ob das Rentenniveau wirklich bei 43 % liegen kann. Darüber debattieren wir in allen möglichen Gremien, gestern auch in der Fraktion. Meine Meinung: Natürlich ist mir eine höhere Rente lieber – aber wie soll sie finanziert werden? Nur wenn es dafür gute Ideen gibt, kann es gehen.